

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Donnerstag, 9. Dezember 1982

Blatt 3604

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Europäisches Judozentrum für Wien

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Halbzeit beim Amalienbad - neue Trainingshalle
eröffnet
ÖVP: Wiener Budget belastet nächste Generation
Bürgermeister Gratz besuchte Mariahilfer Straße

Politik:
(rosa)

Amnesty international bei Bürgermeister Gratz

Lokal:
(orange)

Taxifahren wird teurer
Einkaufssamstag: Genug Parkmöglichkeiten in der
City

Kultur:
(gelb)

Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel
Festwochen 1983

Sport:
(grün)

Japanischer Judopräsident von Wien beeindruckt

Nur
über FS:

- 7.12. U 4 eingestellt
- 8.12. Verkehrsberuhigung bei der Carabelligasse
- Eisring Süd feierlich eröffnet
- Straßenbahnunfall am Schuberttring
- Brand in Juweliergeschäft
- 9.12. 100.000 Besucher in der Weihnachtsausstellung

.....
Bereits am 8. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Europäisches Judozentrum für Wien

Utl.: Vertrag wurde unterzeichnet

=++++

4 #Wien, 8.12. (RK-SPORT) Im Roten Salon des Wiener Rathauses wurde Mittwoch der Vertrag für die Errichtung eines europäischen Judozentrums in der Bundeshauptstadt unterzeichnet. Die Baukosten für dieses Sportzentrum auf den Wienerberg-Gründen betragen rund 50 Millionen S, die vom japanische Partner getragen werden. Die Stadt Wien, die unter vielen Bewerbern den Vorzug erhielt, stellt den Grund zur Verfügung. Mit der Fertigstellung dieses Gebäudes, wo neben Judo und Karate auch andere Kampfsportarten ausgeübt werden können, ist bereits im Jahre 1984 zu rechnen.#

Die Vertragsunterzeichnung erfolgte durch Präsident Shigeyoshi MATSUMAE vom japanischen Judoverband und Sportstadtrat Peter SCHIEDER und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION von der Stadt Wien.
(Schluß) hof/gg

NNNN

Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel

=++++

1 #Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Käthe GOLD, Paula WESSELY und Hans WEIGEL erhalten den Ehrenring der Stadt wien. Den einhelligen Beschluß faßte der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Dienstag.#

Der Ehrenring ist die höchste sichtbare Auszeichnung, die die Stadt Wien zu vergeben hat. Er wird für besondere Leistungen auf künstlerischem Gebiet verliehen. Eine Besonderheit des Ehrenringes ist, daß er nach dem Tod des Trägers an die Stadt Wien zurückgegeben werden muß. Seit der Einführung dieser Auszeichnung im Jahr 1925 wurde der Ehrenring bisher insgesamt 95mal verliehen. Derzeit gibt es 20 Ehrenringträger, zu denen Attila Hörbiger, Clemens Holzmeister, Hans Thimig, Hans Jaray, Egon Seefehlner und Ernst Häussermann zählen. (Schluß) gab/bs

NNNN

Taxifahren wird teurer

=++++

2 #Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Taxifahren wird in Wien ab 1. Jänner teurer: der gefahrene Kilometer kostet dann 8,26 S statt bisher 8 S, die Grundtaxe einschließlich der Streckentaxe bleibt zwar nominell mit 22 S gleich, gilt jedoch dann nur mehr für eine Strecke von 250 m statt bisher 800 m. Dies ist der wesentlichste Inhalt der Verordnung des Landeshauptmannes über den Taxitarif, die Donnerstag im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht wurde.#

In der Verordnung ist überdies festgehalten, daß die Zeittaxe bei Wartezeiten nun für jeweils begonnen 51 Sekunden (bisher 1 Minute) in Höhe von zwei Schilling eingehoben wird. Das entspricht einer Gebührenerhöhung von 120 auf 140 S je Stunde. Der Gepäckzuschlag bleibt mit 10 S unverändert.

Die letzte Gebührenerhöhung fand vor zwei Jahren - am 15. Dezember 1980 - statt. Bei einer durchschnittlichen Fahrtstrecke von sechs Kilometern beträgt die Erhöhung etwa 9,8 Prozent.

Die Fahrpreisanzeiger müssen innerhalb eines halben Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung umgebaut werden. Während der Übergangszeit bis zum Umbau des Taxameters darf zu dem im Fahrpreisanzeiger ausgewiesenen Betrag ein Zuschlag von 5 S verlangt werden. Bis zum Umbau muß unmittelbar oberhalb des Taxameters ein entsprechender gedruckter und mit dem Siegel der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien - Fachgruppe für die Beförderungsgewerbe mit Personenkraftwagen versehener Hinweis in deutscher, englischer und französischer Sprache angebracht werden.
(Schluß) and/ap

NNNN

Japanischer Judopräsident von Wien beeindruckt

=++++

3 Wien, 9.12. (RK-SPORT) Beeindruckt von Wien war der japanische Judopräsident Shigeyoshi MATSUMAE, der sich wegen der Vertragsunterzeichnung für den Bau eines europäischen Judozentrums drei Tage lang in der Bundeshauptstadt aufhielt. Mit der Errichtung dieses "Budokhan" sollen, so Matsumae, auch die ausgezeichneten Kontakte zwischen Japan und Österreich noch vertieft werden. Bei einem Mittagessen im Ziehrerstüberl des Rathauskellers betonte Sportstadtrat Peter SCHIEDER erneut, daß die Errichtung dieses Zentrums eine Auszeichnung für Wien darstelle.

Sowohl Matsumae als auch Schieder würdigten die Bemühungen des österreichischen Judopräsidenten Kurt KUCERA, der großen Anteil daran hat, daß die Wahl des Standortes auf Wien fiel. Mit der Fertigstellung ist im Jahre 1984 zu rechnen, die Baukosten von etwa 50 Millionen werden vom japanischen Partner getragen.

Shigeyoshi MATSUMAE, auch Präsident des Weltjudoverbandes, hat bei diesem Anlaß eine österreichische Damenauswahl nach Japan eingeladen.

(Schluß) hof/ap

NNNN

Einkaufssamstag: Genug Parkmöglichkeiten in der City

Utl.: Garagen sind aufnahmefähig

=++++

4 Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Nach den Erfahrungen der beiden ersten Einkaufssamstage ist auch für kommenden Samstag zu erwarten, daß es im Bereich der Wiener City und der Wiener Geschäftsstraßen genug Parkmöglichkeiten gibt. Die Aktion "Einkauf in Wien" verweist darauf, daß die Garagen trotz der hohen Besucherzahlen in den Geschäftsstraßen aufnahmefähig sind. Meist ist es auch ohne größere Schwierigkeiten möglich, in den Nebenstraßen einen Parkplatz zu finden. Der anderswo auftretende "Parkplatzkollaps" ist jedenfalls an den bisherigen Einkaufssamstagen in Wien ausgeblieben. (Schluß)
sei/ko

NNNN

Halbzeit beim Amalienbad - neue Trainingshalle eröffnet

=++++

5 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Eröffnung der neuen Trainingshalle ist nun die Halbzeit bei der Modernisierung und Revitalisierung des Amalienbades am Reumannplatz erreicht: das erklärte Bäderstadtrat Peter SCHIEDER Donnerstag bei der Eröffnung der neuen Halle, die auf den Fundamenten des ehemaligen Heizhauses errichtet wurde.

Stilgerecht wurde die Schwimmhalle mit Vorführungen des Wiener Landesschwimmverbandes eingeweiht.#

Die neue Halle verfügt über ein Schwimmbecken mit vier Bahnen und einen Trockentrainingsraum mit Kraftmaschinen. Bestimmt ist die Schwimmhalle in erster Linie für Schüler und Sportler. In der trainingsfreien Zeit kann sie aber auch von den anderen Badegästen benützt werden. Dafür soll sie - nach der im kommenden Jahr durchzuführenden Erneuerung der großen Schwimmhalle - über eine Stiegenanlage mit dem eigentlichen Amalienbad verbunden werden. Das Amalienbad wird derzeit um rund 140 Millionen S saniert und modernisiert. Die Hälfte der Arbeiten ist nun mit der Erneuerung des Nordtrakts und dem Bau der neuen Trainingshalle bereits geleistet.
(Schluß) hs/gg

NNNN

ÖVP: Wiener Budget belastet nächste Generation

=++++

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK kritisierte Donnerstag in einem Pressegespräch, daß in Wien in den Jahren 1986/87 der Punkt erreicht sein wird, wo praktisch kein Geld mehr für Investitionen zur Verfügung stehen wird. Damit sei die Finanzierung wichtiger infrastruktueller Einrichtungen, wie die Reparatur der Hochquellenwasserleitung, die Erneuerung des Kanalnetzes und die Gelder für den Neubau des AKH und des SMZ-Ost in Frage gestellt. Beim AKH läuten, so Busek die Alarmglocken: Während heuer und im nächsten Jahr die Bauraten um jeweils 50 Prozent gekürzt wurden, müßten ab 1984 pro Jahr zwischen 4,6 Milliarden und 5 Milliarden verbraucht werden. So hohe Bauraten können wohl kaum technisch und kapazitätsmäßig "verkraftet" werden, so daß man die bisher genannten Fertigstellungstermine ernsthaft in Frage stellen muß.

Ursache für den Verlust des finanziellen Spielraums in den nächsten Jahren sei die verfehlte sozialistische Politik der letzten Jahre. Darüber hinaus habe man die nächste Generation bereits jetzt in einem unzumutbaren Ausmaß belastet. Diese Generation wird die Betriebskosten von Großprojekten, die heute nicht einmal überschaubar sind, bezahlen müssen.

Die ÖVP schlägt zur Ankurbelung der Wirtschaft Initialzündungen der öffentlichen Hand für die private Investitionstätigkeit vor. Mit einer Milliarde, die man für die Stadterneuerung zur Verfügung stellt, könnte man pro Jahr 6.700 Menschen beschäftigen. Diese Gelder wären auch nicht verloren. Rund 87 Prozent der von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Gelder würden über vermehrte Steuereinnahmen und ähnlichem wieder zurückfließen. (Schluß) sei/gg

NNNN

Bürgermeister Gratz besuchte Mariahilfer Straße

=++++

13 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen seines traditionellen vorweihnachtlichen Besuches bei den Großkaufhäusern Berngross und Herzmansky erörterte Bürgermeister Leopold GRATZ Donnerstag auch Probleme der Mariahilfer Straße im Zusammenhang mit dem bevorstehenden U-Bahn-Bau. Dabei garantierte Gratz, daß die U-Bahn hier in offener Bauweise und auch in möglichst kurzen Bauabschnitten gebaut werde. Um darüber hinaus die Autofahrer schon jetzt an die neue Situation zu gewöhnen, werden in der Mariahilfer Straße schon relativ bald verkehrsberuhigende Maßnahmen gesetzt werden, die dann die ganze Woche über gelten werden. Überdies soll die Baudurchführungs-Gesellschaft, die im Rahmen des Wiener Milliarden-Beschäftigungs-sonderprogrammes für den U-Bahn-Bau gegründet werden wird, eine raschere Fertigstellung der U 3 garantieren. #

Wien habe nicht mit sinkender Kaufkraft zu kämpfen, meinte Gratz. Man müsse die Kaufkraft nur wieder von den Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" zurück nach Wien lenken. Kein Einkaufszentrum könne auf so knappem Raum eine solche Vielfalt bieten, wie dies in der Mariahilfer Straße der Fall sei.

Zum Wiener Wirtschaftsklima meinte der Bürgermeister, daß es wesentlich mehr Kooperation gäbe, als viele in der Öffentlichkeit glauben machen wollten. Wäre der öffentliche Eindruck richtig, so wäre das traurig. Nur manchmal müsse man den Eindruck gewinnen, einige in der Opposition würden sich genieren, zu kooperieren, bedauerte Gratz. (Schluß) rö/gg

NNNN

Festwochen 1983 (1)

Utl.: Der Karlsplatz als Herz des Festivals

=++++

14 #Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Der Karlsplatz steht im Zentrum der Wiener Festwochen 1983. Flankiert vom Historischen Museum und vom Künstlerhaus - in beiden Häusern findet die große Türkenausstellung statt -, weiters von der Secession, die zum Forum der Musik-Avantgarde wird und schließlich in nächster Nähe zum Theater an der Wien, in dem eine Reihe bedeutender Gastspiele stattfindet, wird auch der Platz selbst wieder als "Offener Karlsplatz" zum Zentrum künstlerischer Aktivitäten. Wie in den vergangenen Jahren gibt es auch 1983 wieder ein "Festival der Heiterkeit" mit einem Festwochenbeitrag des Filmmuseums, der dem Zeichentrickfilm gilt. Das Musikfest findet im Konzerthaus statt, die Festwocheneröffnung wird über den Rathausplatz hinaus die ganze Stadt miteinbeziehen. #

Neben dem traditionellen Programm auf dem Rathausplatz laden die Symphoniker zu einem "Tag der offenen Tür" ins Konzerthaus ein, ein Fest im Burgtheater, Pop- und Rockkonzerte und über den Ring ziehende Janitscharen sorgen für weitere Attraktionen.

Neben der großen Ausstellung im Künstlerhaus und im Historischen Museum sind dem "Türkenjahr" weitere Ausstellungen in der Nationalbibliothek, im Heeresgeschichtlichen Museum, der österreichischen Galerie und dem Museum des 20. Jahrhunderts gewidmet. Eine Ringvorlesung "Auf Gottes Spuren in Österreich" und eine Inszenierung von Mozarts Türkenoper "Zaide" im Theater an der Wien komplettieren das Programm. (Forts.) gab/gg

NNNN

Festwochen 1983 (2)

Utl.: Die Clowns kommen wieder

=+++++

15 Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Im Rahmen des "Festivals der Heiterkeit" kommen auch 1983 wieder die Clowns auf die Jesuitenwiese. Das "Festival der Fantasie" in zeitlicher und räumlicher Nähe zum Clownfest will dem Publikum eine Welt der Fantasie und Kreativität eröffnen. Das österreichische Filmmuseum bereitet die "Geschichte des Animationsfilmes" vor, wobei insbesondere die Entwicklung des Zeichentrickfilmes gezeigt wird.

Im Theater an der Wien gastiert das Bolschoi-Ballett mit "Schwanensee", "Romeo und Julia" und "Spartacus", weiters ist ein "Schwerpunkt Berlin" geplant: die Westberliner "Schaubühne" kommt mit der Peter-Stein-Inszenierung "Klassenfeind" und einem Beckett-Abend, das Theater im Palast Berlin, DDR, bringt die "Verschwörung der Heuchler" von Michael Bulgakow. Als Abschluß des Gastspielprogramms im Theater an der Wien sind fünf Vorstellungen des Brüsseler Balletts des 20. Jahrhunderts mit "Wien, Wien nur du allein" geplant. "Töne und Gegentöne" werden in einer Ausstellung in der Secession dokumentiert und in einer Konzertreihe auch im "Szene-Wien" Haus in Simmering zu Gehör gebracht: eine Bestandaufnahme der gegenwärtigen Musikszene. Weiters in der Secession: Gastspiele aus der Berliner Off-Szene und des Grips-Theaters Berlin.

Der offene Karlsplatz schließlich wird die Wiener wie schon im Vorjahr mit Kunst im öffentlichen Raum, Liedermachern und Straßentheater konfrontieren. (Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Wohnen

=++++

7 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) nahm der Wiener Gemeinderat am Donnerstag um 9 Uhr die Budgetdebatte mit der Geschäftsgruppe "Wohnen und Stadterneuerung" wieder auf.

StR. HATZL (SPÖ) bezeichnete den Budgetansatz für die Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung als Fortschreibung und Realisierung des Arbeitsprogrammes. Es sei ein wirksames Instrument für Investitionen und somit zur Arbeitsplatzsicherung mit dem Schwerpunkt auf der Stadterneuerung. 1983 wird die Stadt Wien die Errichtung von 5.500 Wohnungen fördern. Im Rahmen der Wohnungsverbesserung sind 12.000 Verbesserungsfälle vorgesehen. Dieses Programm bedeutet eine Verbesserung der Wohnverhältnisse von 35.000 bis 45.000 Wienerinnen und Wienern.

Die Neubautätigkeit der Stadt ist ein echter Beitrag zur Stadterneuerung. Von den 29 städtischen Wohnhausanlagen, die im kommenden Jahr begonnen werden, befinden sich alle bis auf zwei im innerstädtischen Bereich. Aber auch das Bauprojekt Wienerberggründe könne nicht als Stadterweiterung bezeichnet werden.

StR. HATZL begrüßte die Senkung der Kreditzinsen für die Wohnbaudarlehen. Damit Wohnen erschwinglich ist, wird die Wohnbeihilfe - als echte Subjektförderung - erhöht. Diese Erhöhung wird vor allem Familien mit Kindern und Behinderten zugute kommen.

Die Tatsache, daß von den privaten Hauseigentümern in Wien von der Stadterneuerungsmilliarde zu wenig Gebrauch gemacht wurde, sei ein Beweis, sagte StR. Hatzl, daß die Stadt Wien im Bereich der Stadterneuerung eine echte Vorreiterfunktion ausübe. Er hoffe, daß die privaten Hauseigentümer im kommenden Jahr stärker die Chancen der Stadterneuerungsmilliarde nützen werden. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Wohnen

=++++

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das größte Stadterneuerungsprogramm führt die Stadt Wien selbst durch. Noch nie wurde soviel Geld für die Instandsetzung von städtischen Wohnhausanlagen vorgesehen, hob HATZL hervor. 1979 waren es 400 Millionen, im kommenden Jahr sind es 1.154 Millionen. Das bedeutet, daß die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation eine hohe Auslastung hat und damit tausende Arbeitsplätze in Wien gesichert sind. Dies ist aber auch auf die Mietrechtsreform zurückzuführen. Die Erhaltungsarbeiten führen zu keiner Belastung für die Mieter, die Mittel werden durch den Erhaltungsbeitrag aufgebracht.

StR. HATZL kündigte aber auch verstärkte Kontrollen im genossenschaftlichen Wohnbau an. Die Genossenschaften müssen Grundstücksankäufe bekanntgeben, wenn bei Kauf eines Grundstückes keine entsprechende Widmung vorliegt, wird es auch keine Förderung geben. Außerdem müssen das ursprüngliche Angebot und die tatsächlichen Kosten der Wohnungen in einer vernünftigen Relation zueinander stehen. Genossenschaft, die sich nicht daran halten, haben mit einer Sperre der Wohnbauförderungsmittel zu rechnen.

Bezüglich des nachträglichen Anschlusses an die umweltfreundliche und kostengünstige Fernheizung wird bei den Mietern der städtischen Wohnhäuser eine Befragung durchgeführt werden.

Im kommenden Jahr jährt sich der 60. Jahrestag, an dem der Wiener Gemeinderat im Jahr 1923 die Wohnbausteuer beschlossen hat. Es war der Ausgangspunkt für das erste Wohnbauprogramm der Wiener Sozialisten. Die Absicht, erschwingliche Wohnungen für Arbeiter und Angestellte, für Kinder und Familien zu errichten, ist bis heute gleich geblieben. (Forts.) fk/gg

NNNN.

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Wohnen

=++++

10 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß sich eine triste Situation im Finanz- und Investitionsplan sowie im Wohnbauprogramm manifestieren. In den nächsten Jahren würden nicht nur insgesamt weniger Mittel zur Verfügung stehen, sondern diese vermehrt auch zur Subjektförderung, also für Wohnbeihilfen und Annuitätenzuschüsse, ausgegeben werden. Zwischen 1971 und 1980 wurden jährlich durchschnittlich 9.500 Wohnungen gebaut, aber noch immer gebe es qualitative Wohnungsnot. Dazu kommt Verlust an Wohnungsbestand durch Abbruch und Umwidmung. Die kommunale Wohnbauleistung werde von 2.800 Wohnungen auf 1.800 Wohnungen sinken. Darunter leide jedoch auch die Bauwirtschaft, die Kontinuität braucht. Kuchar forderte StR. Hatzl auf, die Mittel aus der Altstadtmilliarde mit modernen Marketingmethoden den Hausbesitzern anzubieten und Hilfestellung zu geben. Derzeit würden sie zuwenig in Anspruch genommen.

Die Freiheitlichen sind der Ansicht, daß Wohnen etwas kosten muß, daß Erhaltungsbeiträge eingehoben werden, und daß Mieter Beiträge leisten. Die SPÖ habe jedoch eine Regelung versäumt, durch die alle Mieter gleich belastet werden. Mehr Transparenz forderte Kuchar bei der Vergabe von Gemeindewohnungen.

In einem ANTRAG verlangte GR. KUCHAR, eine "Wiener Eigentums- und Eigenheim -Aktion" einzurichten, in deren Rahmen Käufer von neuerbauten Eigentumswohnungen bzw. Errichter von Eigenheimen, die keine Mittel aus der Wohnbauförderung 1968 in Anspruch nehmen, einen Zuschuß von 15 Prozent der Baukosten, maximal 150.000 S je Wohneinheit, erhalten sollen. Damit könnten laut Untersuchung 1.200 zusätzliche Wohnungen geschaffen und ein Bauvolumen von 1,5 Milliarden ausgelöst werden. Kuchar forderte mehr Aufwand für die Stadterneuerung und eine differenziertere Kategorisierung bei der Feststellung des Wohnungsstandards. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Wohnen

=++++

11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr Transparenz, Verständlichkeit und Bürgernähe bei den Gesetzen und Verordnungen der Wohnungsmatrie forderte StR. NEUSSER (ÖVP). Ebenso kompliziert wie beispielweise die Bestimmungen der Wohnbeihilfe ist die Zinsgestaltung. Nach dem neuen Mietrechtsgesetz gibt es 19 verschiedene Mietzinsberechnungen, wobei acht Varianten allein in einem einzigen Wohnbau möglich sind. Die Verwaltung und die Bauwirtschaft ist mit solchen Bestimmungen überfordert. StR. NEUSSER kritisierte die Handhabung der Wohnbauförderung. In den ersten Monaten jedes Jahres wird nur ein geringer Teil an Wohnungen gefördert, erst im letzten Quartal setzt eine umfangreiche Förderung ein. Diese Art der Förderung schadet der Bauwirtschaft und erhöht die Zahl der Arbeitslosen. Man könne den Hausbesitzern keinen Vorwurf machen, daß sie die Althausmilliarde nicht stärker in Anspruch genommen haben. Jedes Gesetz braucht seine Anlaufzeit. Bessere Information über die Möglichkeiten der gering verzinsten Kredite von seiten der Stadtverwaltung wären notwendig.

StR. HATZL betreibt Stadterneuerung nur nach parteiideologischen Gesichtspunkten, erklärte StR. NEUSSER. Stadterneuerung kann nicht nur allein von der Stadt Wien betrieben werden, sondern ist nur dann wirkungsvoll, wenn alle Interessierten gemeinsam daran arbeiten. Die sogenannte "Nachbarschaftshilfe" sei für ihn schlicht und einfach "Pfus", sagte der ÖVP-Stadtrat. Wie aus einer Berechnung hervorgeht, werden in Österreich 45 bis 56 Millionen Stunden im Pfusch gearbeitet. Das sind 30.000 Arbeitsplätze und sechs Milliarden Schilling Steuern, die verloren gehen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Wohnen

=++++

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. NEUSSER bedauerte, daß auf den Baustellen des Sonderwohnbauprogramms noch immer nicht gearbeitet wird. Die im Parlament aufliegende Gesetzesvorlage zum Wohnbauförderungsgesetz 1983 sei eigentumsfeindlich und daher schlecht. Außerdem befaßt sie sich nur mit Neubauwohnungen, die sogenannte große Wohnungsverbesserung wurde herausgestrichen. StR. NEUSSER wiederholte einen früheren ÖVP-Antrag, der Bürgermeister solle sich dafür einsetzen, daß die gesamte Wohnbaumaterie in einem einheitlichen Gesetz behandelt wird. Solange der Wohnbau in Wien nur nach parteiideologischen Standpunkten betrieben wird, könne die ÖVP dem Budget nicht zustimmen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Wohnen

=++++

16 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der soziale Wohnbau ist ein Grundelement unserer Familienpolitik, erklärte GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ). Deshalb wird die Stadt Wien im Jahr 1983 ihr Wohnbauprogramm fortsetzen. Der Bau von 1.800 Wohnungen soll begonnen, 2.400 Wohnungen sollen fertig werden. 6.600 Wohnungen werden sich mit Jahresende 1983 in Bau befinden. Für diese Bautätigkeit sind im Budget 1983 3,3 Milliarden Schilling vorgesehen. Dazu kommen noch die 2.289 Wohnungen, die im Rahmen des Bundeswohnbausonderprogrammes in Wien gebaut werden. Damit wird auch ein Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation geleistet.

Sehr wichtig sind die sogenannten Lückenverbauungen und Kleinbaustellen im dichtbebauten Stadtgebiet.

Bei 12 Wohnhausanlagen wurde versuchsweise die Mitbestimmung der Mieter bereits bei der Planung der Wohnungen eingeführt.

Obwohl heuer ca. 7.000 Gemeindewohnungen zugewiesen werden konnten, hat sich die Zahl der Vormerkungen von 20.000 auf 22.000 erhöht. Eine Ursache dafür ist, daß die Vormerkbestimmungen gelockert wurden. Diese Neuregelung begünstigt vor allem jüngere Menschen.

Seit einigen Jahren ist die Stadt Wien bemüht, in ihren neuen Wohnhausanlagen Sonderwohnformen für behinderte Menschen einzuplanen. Dies wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Gerade für Behinderte ist - im Hinblick auf ihre eingeschränkte Mobilität - schönes Wohnen eines der wichtigsten Anliegen.

Die Nahversorgung liegt uns sehr am Herzen, betonte Andriik. Deshalb werden in Neubauten die benötigten Geschäftslokale und Arztpraxen vorgesehen. Andriik kritisierte in diesem Zusammenhang, daß aus Konkurrenzgründen die Einrichtung notwendiger Geschäfte (zum Beispiel Apotheken) von einzelnen Kaufleuten oder Interessensvertretungen manchmal verhindert wird. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Wohnen

=++++

17 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Durch die Wohnungsverbesserung konnten heuer bisher rund 15.000 Mieter von Altwohnungen ihre Wohnverhältnisse wesentlich verbessern, sagte Andriik. Im Jahr 1983 werden für diese Zwecke noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Mit der Wohnungsverbesserung wird ein wesentlicher Beitrag zur Altstadterhaltung und zur Stadterneuerung geleistet.

Sehr wichtig ist auch der nachträgliche Einbau von Aufzügen. 1983 werden 195 Aufzüge fertiggestellt, 155 neue Anlagen werden in Angriff genommen. Dies bedeutet, daß im kommenden Jahr rund 3.900 Wohnungen mit Aufzügen erreichbar werden.

Mit dem Budget 1983 werden der kommunale Wohnbau, die Wohnungsverbesserung, der nachträgliche Einbau von Aufzügen, die Modernisierung von Waschküchen und andere Verbesserungsmaßnahmen gesichert, schloß Andriik. (Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wohnen

=++++

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR.Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) stimmte mit seiner Vorrednerin, GR. Eveline ANDRIK bezügl. der Nahversorgung und den Wohnungsgrundrissen überein. Er verwahrte sich jedoch gegen den Vorwurf, daß Handel und Gewerbe in den Neubaugebieten durch Konkurrenzneid die Nahversorgung erschweren. Da in Neubaugebieten die Mieten für Geschäftslokale sehr hoch sind, plädierte GR. EBERT für gestaffelte Mieten. Das würde bedeuten, daß junge Gewerbetreibende bei der Existenzgründung niedrigere Mieten zahlen, die dann, in den Folgejahren, wenn das Geschäft besser geht, höher sein könnten.

Die ÖVP habe bereits vor mehr als 20 Jahren kostendeckende Mieten gefordert. Das Mietengesetz hat sich nun leider als Irrweg gezeigt. Die Erhaltungsbeiträge sind eine große Belastung für die Mieter geworden. Wären diese rechtzeitig eingeführt worden, hätte man sich viele Probleme erspart.

GR. EBERT warf StR. Hatzl vor, er sei in seiner Arbeit zu sehr von ideologischen Vorstellungen geprägt. Das dokumentiere sich durch seine Haltung zu Eigentumswohnungen. Der Wunsch nach einer Eigentumswohnung ist sehr groß. Mißbräuche könnten durch die derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen unterbunden werden.

Der Redner warf StR. HATZL weiters vor, daß er bei den Erhaltungsbeiträgen mehr Geld einnehme, als zweckgebunden ausgegeben werde. "Sie haben Geld, und verbauen es nicht". In diesem Zusammenhang forderte er auch mehr Information für die Mieter. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wohnen

=++++

19 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) verwies darauf, daß die SPÖ das Recht auf Wohnen in die Tat umsetzt. Durch die Wohnbauleistung der Stadt Wien werden wie bisher viele Menschen Wohnungen erhalten - die Lockerung der Vormerkbestimmungen hat zur Erhöhung der Vormerkungsansuchen geführt. Lustig verwies auf den beschäftigungspolitischen Effekt der Wohnbauleistungen und bezifferte die Neubauten per 7. Dezember 1982 mit insgesamt 5.757, die mit mehr als 3 Milliarden gefördert wurden. Bezugnehmend auf ein kritisiertes Sinken der Wohnbauleistung, erklärte Lustig, daß "die Sozialisten etwas weniger Wohnungen zugunsten besserer Mieterförderung in Kauf nehmen". Inklusiv des Wohnbauprogrammes erhalten 25.000 Wiener bessere Wohnungen. Zu Vorwürfen von GR. EBERT im Zusammenhang mit dem Mietrechtsänderungsgesetz wies Lustig darauf hin, daß bei den Verhandlungen darüber die ÖVP-Vertreter wesentlich höhere Beiträge für die Hauserhaltungskosten gefordert hätten. Beim Mietrechtsänderungsgesetz werden die Renovierungskosten im vorhinein eingehoben, beim Paragraph 7 oder Paragraph 18 im nachhinein und wesentlich kostspieliger. Gespräche für eine Novellierung reichen ins Jahr 1974 zurück. Die lange Dauer begründete Lustig damit, daß der ÖVP die Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben werden sollte. Zur Information der Mieter über die Mietrechtsänderungen haben sehr viele Vorträge und Diskussionen stattgefunden. Im kommenden Jahr wird in mehr als 100 Wohnhäusern mit den Renovierungsarbeiten begonnen werden, gab Lustig bekannt. Er berichtete dann ausführlich über die Stadterneuerungsbemühungen und kritisierte, daß sich die ÖVP bisher nicht zum Stadtentwicklungsplan geäußert hat. Seine Fraktion habe sich bereits zum Vorrang für den sozialen Wohnbau, für die sanfte Stadterneuerung und für die Mitsprache der Beteiligten ausgesprochen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wohnen

=++++

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) "Hier wird doch keine Empfehlung vorliegen", sagte GR LUSTIG an die Adresse von ÖVP und FPÖ, daß Hausbesitzer vor den Wahlen keine Instandsetzungen an privaten Häusern vornehmen lassen. Er nehme zur Kenntnis, daß keine solche Empfehlung vorliege, sagte Lustig nach Zwischenrufen.

Eingehend auf die Forderung nach einheitlicher Wohnbeihilfe erklärte Lustig, daß man sich schon sehr lange mit dieser Problematik befaßt habe, doch dabei seien steuerrechtliche wie wohnbaurechtliche Fragen zu klären. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wohnen

=++++

21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) bedauerte die Vermischung zwischen der SPÖ und der Wiener Wohnpolitik. Die Mietervereinigung habe sich in einem Inserat selbst als unpolitisch dargestellt. Bei einer Gerichtsverhandlung wurde erhoben, daß die Funktionäre der Mietervereinigung SPÖ-Mitglieder sein müssen und die Mietervereinigung Sitz und Stimme beim SPÖ-Parteitag hat.

Die Leistungsbilanz des Wohnungsressorts sei, gemessen an dem, was man mit Initiative und Phantasie hätte machen können, nicht beeindruckend. Es wurde verabsäumt, Privatinitiativen in die Stadterneuerung miteinzubeziehen.

Die Wohnungsverbesserung wird nur geringfügig zur Hebung des Substandards in Anspruch genommen. Die Kosten einer Gemeindewohnung stehen mit dem Verdienst der Mieter nicht mehr im Einklang. Wie kann jemand mit einem durchschnittlichen Einkommen von 6.000 Schilling 3.000 Schilling Zins zahlen. Wenn man Umwelt, Infrastruktur und Bauqualität betrachtet, sind die Wohnungen auch qualitativ nicht besser geworden. Die Mieter haben mit Schimmelpilzen und Wanzen zu kämpfen.

Statt einem Umdenken in der Wohnpolitik werden Projekte wie die Marcp-Polo-Wohnhausanlage gebaut. Beim Hernalser Bezirkszentrum hat StR. HATZL die GESIBA eingeschaltet und nach einer Konstruktion gesucht, um Architekt Glück neuerlich zum Zug kommen zu lassen.

Die Gemeinde Wien ist den Mietern auf den Rennbahngründen 42,8 Millionen Schilling schuldig, das entspricht 17.000 Schilling pro Mieter. Dies wurde bei der Schlichtungsstelle festgestellt.

(Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wohnen

=++++

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK urgierte die Veröffentlichung der Vormerkrichtlinien für eine Gemeindewohnung. Die Wohnungssuchenden wissen nicht, wie sie zu einer Wohnung kommen, und erhalten auch im Wohnungsamt unterschiedliche Auskünfte. StR. HATZL vernachlässige seine Informationspflicht.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR. LUSTIG (SPÖ). Die Mietervereinigung ist keine Organisation der SPÖ. Ein Nahverhältnis wurde nie bestritten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wohnen

=++++

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPö) wies den Vorwurf zurück, die Stadt Wien verzögere die Vergabe von Wohnbaugeldern, Rautner wies auf die laufende Vergabe der entsprechenden Mittel hin.

Insgesamt leistet die Stadt Wien mit bauwirksamen Mitteln in der Höhe von 13 Milliarden Schilling im Jahr 1983, zu denen noch das Sonderbauprogramm in der Höhe von einer Milliarde kommt, einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien. Wie ernst man in Wien dieses Problem nimmt, läßt sich auch daran ablesen, daß der Zuwachs der Arbeitslosen in der Wiener Bauwirtschaft seit dem letzten Jahr nur 16 Prozent gegenüber 42 Prozent im Bundesdurchschnitt beträgt. RAUTNER warf der ÖVP vor, mit dem Einspruch gegen das Sonderwohnbauprogramm im Bundesrat bewußt eine Verzögerung der Freigabe dieser Mittel herbeigeführt zu haben. Das, so RAUTNER, sei der Versuch auf politischem Weg Arbeitslosigkeit zu erzeugen, für den es noch weitere Beispiele auf Bundesebene gibt. Zum Antrag der FPö, mehr Geld für Eigentumswohnungen zur Verfügung zu stellen, sagte RAUTNER, man könne nicht mit Sozialhilfe Eigentum fördern. In der Bauwirtschaft sind in den letzten Jahren 45.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Dieser Wirtschaftsbereich hat damit seinen Beitrag zur Strukturbereinigung geleistet. Angesichts der noch immer wachsenden Technisierung müsse man aufpassen, daß der Mensch nicht durch die Maschine ersetzt wird. Abschließend erklärte RAUTNER, daß die Wiener Budgetansätze für das kommende Jahr als wertvoller Impuls für die Bauwirtschaft zu begrüßen und damit zu bejahen seien.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wohnen

=++++

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung sagte GR KUCHAR (FPÖ), er halte die derzeitigen Vormerkungsrichtlinien zum Teil für kleinlich und ungerecht. Sie sollten großzügiger gefaßt werden. Dabei gibt es eine einzige Einschränkung: man sollte gemeinsam prüfen, ob nicht die Einkommensgrenzen zu hoch sind, damit jenen, die wirklich bedürftig sind, leichter geholfen werden kann

Die FPÖ hat das Mietrechtsgesetz deshalb abgelehnt, weil es keinen Markt auf dem Wohnungssektor ermöglicht. Wo es aber keinen Markt gibt, funktioniert auch die Versorgung nicht. Die FPÖ hat immer die Meinung vertreten, daß Wohnen auch etwas kosten muß. Deshalb hat sie berechtigten Erhöhungen stets zugestimmt.

Die Magistratsabteilung 50 funktionierte als Sevicestelle nicht so, wie es wünschenswert wäre, kritisierte Kuchar.

Es sei eine ungeheuerliche Unterstellung, wenn behauptet wird, daß die FPÖ Hausbesitzer auffordere, keine Investitionen vorzunehmen, und damit Arbeitsplätze gefährde.

In einer zweiten Wortmeldung meinte GR Dr. PETRIK (ÖVP), er hätte gerne gehört, daß GR RAUTNER als Gewerkschaftsfunktionär wegen einer anderen Verwendung der Mittel für den Bau des Konferenzentrums vorstellig geworden wäre.

Das Gerichtsurteil über die Mietervereinigung gründete sich maßgeblich darauf, daß die gesamte Ausrichtung dieser Organisation so sei, daß von einer überparteilichkeit keineswegs gesprochen werden könne. Daran ändere auch eine Neufassung der Statuten nichts.
(Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wohnen

=++++

25 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL erklärte zu den Vorwürfen seiner Vorredner, daß die Althausmilliarde für Hauseigentümer kein Risiko darstelle. Die Abwicklung sei unbürokratisch. Als großen Erfolg bezeichnete HATZL die Wohnungsverbesserung. Das Volumen wurde 1982 auf eine Milliarde aufgestockt. Die Bearbeitung dauert nur noch zwei Wochen. Es ist gelungen, innerhalb von zehn Jahren den Prozentanteil der Wohnungen, die über keine Installationen verfügen, von 32 Prozent auf fünf Prozent zu senken.

Den Vorwurf von GR. PETRIK, daß es keine Informationen für Wohnungssuchende gibt, wies HATZL scharf zurück. Am Tag der offenen Tür wurden im Rathaus 20.000 gedruckte Informationsblätter ausgeteilt. Auch in den Jahren davor gab es jeweils am Tag der offenen Tür entsprechendes Informationsmaterial. Kommenden Februar wird eine Broschüre herausgebracht, die alle Änderungen, die am 1. Jänner 1983 in Kraft treten, beinhalten soll.

An Hand zahlreicher Fotos dokumentierte HATZL, daß die Vorwürfe von GR. HAHN, auf den kommunalen Baustellen des Sonderwohnbauprogrammes geschehe nichts, falsch seien. "So wenig richtig, wie ihre Aussagen zu den Baustellen sind, so wenig richtig sind ihre anderen Aussagen zur Politik der Stadtverwaltung", betonte HATZL zur ÖVP.

Er bekenne sich zu den Eigentumswohnungen. Wenn er, Hatzl, Eigentumswohnungen ablehnen würde, so wie es GR. PETRIK behauptet, hätte er keine Erhöhung der Förderungsmittel auf 60 Prozent durchgesetzt, dann gebe es auch keine Wohnbeihilfe für Eigentumswohnungen und keine Nachförderungen bei Eigentumsbauten.
(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wohnen

=++++

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) "Ich werde mich nicht von der Ideologie trennen", sagte HATZL zu den Vorwürfen der Oppositionsparteien. "Ich bin froh, eine Überzeugung zu haben, nämlich meine sozialistische. Ohne innere, feste Haltung wird man schwach, prinzipienlos und vielleicht verantwortungslos."

Der Erhaltungsbeitrag sei für die Mieter wesentlich günstiger als der alte Paragraph 7. Um 640 Millionen bauwirksam einsetzen zu können, müßte nach der alten Regelung mehr als eine Milliarde eingehoben werden, aber auch ausgegeben werden. Die Wohnhäuser werden nach Dringlichkeit instandgesetzt. Es wäre ein Unfug, in jedem Haus jährlich jenen Betrag zu verbauen, der eingehoben wird. Die Folgen wären ewige Baustellen und erst recht teure Lösungen.

Wie wirkungsvoll sich die Mietrechtsreform auf die Beschäftigungszahlen auswirken zeigt, daß bei Erhaltung und Neubau gegenüber dem Vorjahr um 1.000 Arbeitsplätze mehr vorhanden sind. "Das nenne ich Arbeitsplatzsicherung, vernünftige Wirtschaftspolitik, soziale Gesinnung." Während in der Steiermark die Zahl der Arbeitslosen des Baugewerbes gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent, in Niederösterreich um 20 Prozent gestiegen sind, betrug die Erhöhung in Wien 16 Prozent. "Mit den Maßnahmen ist es gelungen, die Winterarbeitslosigkeit echt zu bekämpfen." betonte HATZL.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wohnen

=++++

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) kritisierte die zu langsame Abwicklung bei der Wohnbauförderung. Erst gegen Jahresende kommt es zu einer Förderungswelle. Es sei auch nicht günstig, daß zwischen Bewilligung und Baubeginn viel Zeit vergehe. Hahn verlangte einen Baubeginn spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Bewilligung.

Die Statistik spreche gegen die Argumentation von StR. HATZL - die Zahl der Eigentumswohnungen gehe seit 1975 gegenüber Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen zurück. Er vermisse, so HAHN, eine Äußerung von StR. HATZL über Startwohnungen. Anhand von Wohnbauprojekten kritisierte GR. HAHN zu hohe Erhaltungsbeiträge. Abschließend verwies er darauf, daß die ÖVP seit 1977 immer wieder die Schaffung eines Stadterneuerungsfonds verlangt hat, der zur Zinsenstützung für die Mieter herangezogen werden könnte. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stadtplanung

=++++

29 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Entwurf zum Stadtentwicklungsplan "2000" ist nicht nur ein Plan, sondern auch ein Beitrag zur Bewältigung einer zukunftsorientierten Stadtpolitik, stellte StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER in der Einleitung zur Debatte der Geschäftsgruppe "Stadtplanung" fest. Der Stadtentwicklungsplan wurde bereits während seiner Entstehung der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Zur Diskussion eingeladen wurden die Bezirke, Zentralstellen, Körperschaften, Interessenvertretungen, Religionsgemeinschaften und die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland. Erstmals habe sich eine Bezirksvertretung nicht nur mit lokalen Notwendigkeiten, sondern mit der zukunftsorientierten Struktur des Bezirks beschäftigt. Die Stellungnahmen der einzelnen Institutionen werden nicht nur für den Stadtentwicklungsplan, sondern auch für den Landschaftsrahmenplan, für Bezirksentwicklungspläne und für Stadtteilplanungen, herangezogen. Früher wurden Pläne von Experten erstellt, und nach einem halben Jahr wieder vergessen. Der Stadtentwicklungsplan hat Tiefenwirkung, weil er gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeitet wird. Er ist kein Propagandapapier der SPÖ, aber es sei die Pflicht der politischen Mehrheit, zu sagen, wie die Stadtentwicklung bis zum Jahr 2000 aussehen wird.

Ein weiteres großes Planungsvorhaben ist der Landschaftsrahmenplan, der einen vernünftigen Ausgleich zwischen der Ökologie und der Ökonomie herstellt. Eine sorgfältige Nutzung der Freiflächen sowie eine Bewahrung der landwirtschaftlichen Flächen ist vorgesehen. Bei der Diskussion um den Landschaftsrahmenplan werden sich jene, denen die Stadtentwicklung ein echtes Anliegen ist, von den sogenannten "Grünen" unterscheiden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Stadtplanung

=++++

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtplanung wird die Überprüfung und Abgrenzung des Wald- und Wiesengürtels sein, betonte StR. WURZER. Viele Kleingartenanlagen, die nicht genehmigt sind, liegen im Wald- und Wiesengürtel, andererseits gibt es viele Bauflächen, die unbebaut sind. Die Stadtplanung wird eine parzellenscharfe Abgrenzung mit klaren Widmungen vornehmen. Das große menschliche Problem dabei sind die zahlreichen Häuser, die derzeit innerhalb des Wald- und Wiesengürtels liegen. 346 dieser Häuser sind ganzjährig bewohnt.

Derzeit gibt es 63 Anträge auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes und 35 offene Bausperren. Da die Flächenwidmungsänderungen oft über ein Jahr lang dauern, wurde aus 12 Kriterien ein Prioritätenplan entwickelt. Zur größeren Kontrolle soll die Flächenwidmung vom Bebauungsplan abgekoppelt und jeder Bereich getrennt in einer eigenen Magistratsabteilung behandelt werden. Die Einschaltung des Naturschutzbeitrages bei Grünflächenplanungen wird in Zukunft nicht notwendig sein, meinte Wurzer, da der Landschaftsrahmenplan bereits eindeutig Klarheiten über die Nutzung der Freiflächen schafft. Ein weiteres großes Arbeitsgebiet der Stadtplanung wird die Modifizierung der Bauordnung für Wien sein. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Stadtplanung

=++++

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) befaßte sich im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes vor allem mit dem Verkehrsproblem der Region Ost. PAWKOWICZ warf den Politikern und der Beamtenschaft der drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland vor, daß es acht Jahre nach der generellen Grundsatzerklärung noch immer nicht gelungen ist, einen Verkehrsverbund einzurichten. Das bedeutet, daß von den 100.000 Einpendlern nach Wien noch immer der größte Teil den PKW benutzt und damit auch die Umwelt in Wien belastet. Als Vergleich führte PAWKOWICZ die Großräume Hamburg mit 400.000 und Stockholm mit 534.000 jährlich benutzten längerfristigen Netzkarten an, während sich in Wien nur 168.000 Menschen einer Monats- oder Jahreskarte bedienen. Hier wäre ohne Zweifel eine Verdoppelung möglich, wenn man eben einen Verkehrsverbund realisieren könnte und auch für den rascheren Ausbau des Park-and-ride-Systems sorgen würde. PAWKOWICZ forderte den weiteren Ausbau des Wiener Eisenbahnnetzes für den Personenverkehr und die bessere Anbindung der Süd- und der Westbahn an die U-Bahn. Für die Verbindung des Südbahnhofes mit der U 1 sollte ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben werden. Die im Stadtentwicklungsplan geforderte Mitbestimmung der Bevölkerung an Planungsentscheidungen sollte auch in der Praxis ermöglicht werden, und schließlich sollte Bausünden im Wald- und Wiesengürtel wesentlich entschiedener als bisher entgegengetreten werden.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Stadtplanung

=++++

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Stadtteilplanung wurde ein neuer, mutiger Weg beschritten, der sich nach anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten bewährt hat, sagte GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP). Die Fragebögen bei den Ausstellungen sollten allerdings objektiver gestaltet werden.

Positiv hervorzuheben sei auch die Anzahl der Wettbewerbe für kommunale Wohnbauvorhaben. Er hoffe, sagte Mayr, daß bei der Realisierung der Projekte dann nicht all das "abgeräumt" werde, was die Jury als preiswürdig befunden hat.

Der Schutz des Wald- und Wiesengürtels sei ein gemeinsames Anliegen. Allerdings herrscht zur Zeit noch eine gewisse Verwirrung über die Grundlagen. Notwendig seien eine Bestandsaufnahme der zu schützenden Flächen samt ihrer gegenwärtigen Bebauung, eine Entscheidung über das künftige Schicksal der zum Teil seit Jahrzehnten kleingärtnerisch genutzten beziehungsweise bebauten Flächen im Wald- und Wiesengürtel sowie schließlich die Beschlußfassung über ein Wienerwald-Schutzgesetz.

Die Organisation und Koodinierung der Stadterneuerung im Rahmen des Magistrats ist derzeit unbefriedigend. Mayr stellte den ANTRAG, einen Gesamtbericht über die Realisierung aller Maßnahmen zu erstellen, die für die einzelnen Stadterneuerungs-Untersuchungsgebiete aufgrund der Untersuchungsergebnisse verwirklicht werden sollten. Dabei sind für jedes einzelne Gebiet unter anderem die Zahl der laufenden Fälle gemäß Paragraph 7 des Mietengesetzes, die Zahl der notwendigen Verfahren gemäß Paragraph 18 des Mietrechtsgesetzes, die Zahl der möglichen großen Wohnungsverbesserungen und die Kosten für Wohnumweltverbesserungen anzuführen. Für jedes Untersuchungsgebiet soll ein Zeit- und Kostenplan erstellt werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Stadtplanung

=++++

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) verwies auf die umfassende Diskussion zum Stadtentwicklungsplan. Der Stadtentwicklungsplan sei kein SPÖ-Papier; es gibt den Magistratsentwurf und dazu einen Diskussionsbeitrag der Wiener Sozialisten. Viele Personen und Institutionen haben Stellung genommen. GR. ROSENBERGER bedauerte, daß die Volkspartei schweigt, bzw. ablehnt.

In diesem Stadtentwicklungsplan geht es darum, der Bevölkerung menschenwürdiges Wohnen, ein umfangreiches Freizeitangebot und Erholungsräume zu bieten. Die Umwelt soll erträglich gestaltet werden, Belästigungen durch Lärm und schlechte Luft vermieden sowie eine optimale Ent- und Versorgung hergestellt werden. Ein hohes Maß an persönlicher wie sozialer Sicherheit wird angestrebt. Dazu bedarf es einer optimistischen Stadtphilosophie. "Wir haben ein großes Vorbild", sagte GR. ROSENBERGER, "den Weg in die sichere Zukunft wird der Stadtentwicklungsplan weisen." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Stadtplanung

=++++

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) befaßte sich in seinem Beitrag mit der Verkehrskonzeption als Teil des Stadtentwicklungsplanes und dabei mit dem Themenkreis Individualverkehr, der, so Oblasser, zu den politisch sensibelsten gehört. In der Verkehrskonzeption wurde soweit wie möglich den Bevölkerungswünschen entgegenkommen: das bedeutet Bündelung des Verkehrs und Erfüllung der Forderung nach Verkehrsberuhigung. Dabei habe zwar grundsätzlich im Gemeinderat Übereinstimmung geherrscht, die ÖVP sei jedoch in einigen Fällen wieder davon abgegangen. Sie werde dadurch unglaublich. Für die SPÖ gelte das Motto "So viel an Schnellstraßen wie notwendig und so viel Verkehrsberuhigung wie nur irgendwie möglich", sagte Oblasser. Er verwies darauf, daß bei der Verkehrsplanung die Bezirkswünsche berücksichtigt werden und nannte dabei beispielsweise die Grünbrücken im Bereich der S 2, die Kreuzung der B 16 mit der A 21 sowie die Abfahrt von der B 14. Schwierigkeiten gebe es allerdings gelegentlich mit dem Bautenministerium, das oft wenig Verständnis für notwendige Lärmschutzeinrichtungen aufbringe. Es dürfe jedoch ein Straßenprojekt nicht gleich beim kleinsten Widerstand gelassen werden - die A 24 etwa als wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Wien - werde teilweise tiefgelegt und erhalte alle Einrichtungen, um Anrainerbelästigungen so gering wie möglich zu halten. Oblasser verwies darauf, daß in anderen Bundesländern für wesentlich weniger Verkehrsaufkommen kostspielige Straßenbauten errichtet werden und warnte die Opposition davor, auf notwendige Bundesstraßenmittel zu verzichten. Anschließend verwies Oblasser auf die Mittel, die im kommenden Jahr für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen bereitgestellt werden und sagte, die Arbeiten an einem Radweggrundnetz stünden kurz vor dem Abschluß. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Stadtplanung

=++++

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Gerade in den innerstädtischen Bezirken müßten durch konsequente Grundankaufspolitik der Gemeinde Wien Parkanlagen geschaffen werden, erklärte GR. GLÜCK (ÖVP). Die Volkszählung hat gezeigt, daß die Bevölkerung dort am stärksten abnimmt, wo die wenigsten Grünflächen vorhanden sind. Die Stadtplanung sollte daher für mehr Erholungsflächen und Spielplätze sorgen. Vor allem sollen bestehende Widmungen rasch realisiert werden. GR. GLÜCK stellte den ANTRAG, aus der sogenannten Althausmilliarde Mittel für den Grundstücksankauf zu verwenden und diese Grundflächen als Parks zu gestalten.

In Meidling ist eine schöne Baumallee bedroht, weil sie in der Nähe eines Parkplatzes liegt. Ein ÖVP-Antrag zur Rettung der Baumallee wurde abgelehnt. GR. GLÜCK befürchtete, daß mit der angekündigten Novellierung der Wiener Bauordnung der Ensembleschutz durchlöchert wird. Derzeit ist bei einem Neubau die stilgerechte Errichtung oder eine Angleichung an das Nachbargebäude in Schutzzonen erforderlich. Ein Wegfall dieses Ensembleschutzparagraphen würde wieder zur rücksichtslosen Bauweise in alten Stadtvierteln führen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Stadtplanung

=++++

36 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) erklärte, der Landschaftsrahmenplan werde dazu beitragen, gegebene und zukünftige Lebensbedingungen in Wien zu verbessern und die Leitlinien und die Ziel der Grünpolitik zu konkretisieren. Die große Bedeutung des Landschaftsrahmenplanes erstreckt sich von der Freizeitgestaltung, der Stadthygiene und Stadtgestaltung über die Stadtgliederung bis zur landwirtschaftlichen Nutzung. Die Frage der Bedarfsermittlung wird sicher auch zu Interessenskonflikten führen, so Svoboda, die unter Einbindung der Bevölkerung in den Planungsprozeß entschieden werden müssen. Besondere Bedeutung kommt dabei natürlich der vielfältigen Nutzung der Frei- und Grünflächen zu, wobei man auch die die Stadtgrenzen überschreitenden Ziele im Auge behalten muß. Wie wesentlich für die Grünbereiche auch die rasche Erreichbarkeit ist, zeigte Svoboda am Beispiel der Donauinsel auf, die gerade durch ihre gute verkehrsmäßige Erschließung so große Bedeutung für die Wiener Bevölkerung hat. Svoboda wies auf die Vorschläge für die Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels und die Möglichkeiten für eine harmonische Stadtlandschaft im Landschaftsrahmenplan hin. Insgesamt könne man den Plan als richtungsgebend für die Zukunft bezeichnen. An Hand dieses Planes und des Stadtentwicklungsplanes werde die SPÖ dafür sorgen, daß die Lebensbedingungen in Wien noch besser werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Stadtplanung

=++++

37 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Stadtentwicklungsplan ist auf das Jahr 2000 ausgerichtet, seine Planungsziele erstrecken sich also auf einen halbwegs überschaubaren Zeitraum, sagte GR. Dr. MAYR (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Er enthält weitgehend interessante Bestandsaufnahmen und Analysen. Über die Ziele und Maßnahmen kann man diskutieren. Was jedoch fehlt, sind Angaben über die Kosten, über die Finanzierung und über die Prioritäten. So sind beispielsweise bei der Straßenbahn erhebliche Investitionen nötig. Die Kosten für die U 3 und für die U 6 belaufen sich größenordnungsmäßig auf 40 Milliarden Schilling, von denen die Hälfte allerdings der Bund übernimmt. Allein für den Gemeindestraßenbau wird man rund 10 Milliarden benötigen. Für Stellplätze rechnet Prof. Knoflacher mit Kosten von 30 bis 40 Milliarden. Die zweite Hochquellwasserleitung muß demnächst repariert werden. Bei der Kanalisation geht es um rund 16 Milliarden, beim Ausbau der Fernwärme um 50 bis 80 Milliarden. Auch für den Ausbau des Stromnetzes, für die Verbesserung der Wohnumwelt und für das Gesundheitswesen sind große finanzielle Mittel erforderlich.

Dem steht ein Finanz- und Investitionsplan für die nächsten fünf Jahre gegenüber, in dem bereits 1984/85 - falls sich nichts ändert - jene Grenze erreicht sein wird, ab der nur noch mit Fremdmitteln gearbeitet werden könnte.

Es ist natürlich schön, über die Zukunft zu reden. Man muß aber auch ein Konzept für die Finanzierung und einen Prioritätenkatalog haben, sonst bleibt die Vision bloß eine Illusion, schloß Mayr. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Stadtplanung

=++++

38 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, man müsse zuerst Ziele vorgeben und dann die Maßnahmen setzen. Ein Rückblick auf die letzten 18 Jahre zeige, daß sehr viel in die Stadt investiert wurde, und er sei zuversichtlich, daß auch bis zum Jahr 2000, also für die nächsten 18 Jahre, die Mittel aufzutreiben sind. "Nach dem Weltkrieg, als Wien in Trümmer lag, hat sich niemand vorstellen können, daß diese Stadt wiederaufgebaut werden kann", sagte Wurzer.

Der Stadtentwicklungsplan ist eine große Vision, der die Gliederung im Kleinen folgt.

Zur Kritik von Gr. Pawkowicz wegen der Verknüpfung von Südbahnhof und U-Bahn kündigte StR. Wurzer einen Bericht im nächsten Planungsausschuß im Jänner an. Zum Gersthofer Platzl betonte Wurzer, es gibt eine Entscheidung. Eine Lösung, mit der alle einverstanden sind, sei allerdings nicht möglich.

Die Einwände von GR. Dr. MAYR an der Wohnsiedlung in Kaiserebersdorf seien unbegründet, so Wurzer. Die nötige Infrastruktur wird derzeit errechnet.

Die Prinzipien der Stadtplanung charakterisierte StR. Wurzer: "Es sind jene Werte zu erhalten, die Tradition sind, die die Zukunft mitgestaltet haben. Wer heute plant, wer heute baut, soll dies in der Form tun, die unserer Zeit entspricht." Je knapper die finanziellen Mittel werden, desto mehr müsse darauf geachtet werden, daß kurzfristige Entscheidungen auch langfristig halten. (Forts.)

fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

39 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Ver- und Entsorgung in einer Großstadt hin und erklärte, daß diese in diesem Jahr wiederholt ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten. Ungerechtfertigte Behauptungen wurden auch nach Konfrontation mit den tatsächlichen Gegebenheiten aufrecht erhalten. Diese nichtgerechtfertigte Kritik sei auch von der Opposition übernommen worden. Man habe daher den Eindruck, daß die Öffentlichkeit verwirrt und verunsichert werden sollte, sagte Veleta. Im Gegensatz dazu hätten die zuständigen Dienststellen bewiesen, daß sie durchaus in der Lage sind, bei plötzlich auftretenden Schwierigkeiten kurzfristig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Eine Untersuchung durch das Kontrollamt an sieben Tagen habe der Kläranlage einen Wirkungsgrad von 95,1 Prozent bescheinigt, während der wasserrechtliche Bescheid nur 70 Prozent verlange. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden 118 Millionen Kubikmeter Abwasser behandelt. Die EBS habe 652.000 Kubikmeter Schlamm verbrannt. Die Funktionstüchtigkeit der Kläranlage sei nicht wegen unzähliger Überprüfungen und Untersuchungen erwiesen, sondern auch von Vertretern der Opposition anerkannt worden.

Verbesserungen des Betriebes bringen eine zweite Schlammdruckleitung und die Installierung einer Prozeßrechneranlage. Bei den EBS wurden die Ausmauerungen von zwei Drehrohröfen erneuert. Anfang 1983 wird eine elektrische Verbindung zwischen EBS und Hauptkläranlage zur Energieeinsparung in Betrieb genommen. Von den EBS zum E-Werk Simmering wird in Kürze eine Fernwärmeleitung fertiggestellt. Wegen der funktionsunfähigen Mahltrockner laufen entsprechende rechtliche Schritte gegen den Lieferanten. Weiter sollen durch eine Studie Umbau- und Erweiterungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

40 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) VELETA berichtete über Kanalbauarbeiten vor allem im 13., 14. und 22. Bezirk sowie über Erschließungen von Wohnhausanlagen in Floridsdorf und der Donaustadt. Kanalbauarbeiten wurden auch für die Entsorgung mehrerer Betriebsbaugebiete durchgeführt. Die Wasserwerke haben in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres mehr als 16.500 Meter Rohre ausgewechselt und über 12.000 Meter Rohrstränge neu verlegt. Für Abzweigleitungen wurden 13.000 Meter Rohr installiert. Mehr als 9.000 Meter Rohre wurden in Bereichen verlegt, die von der Grundwasserverunreinigung im 21., 22. und 23. Bezirk betroffen sind. Im kommenden Jahr werden die Wasserwerke für die Erschließung von Siedlungen 236 Millionen Schilling ausgeben.

Veleta verwies auf die Novelle des Wiener Wasserversorgungsgesetzes, die eine gerechtere Kostenaufteilung bei den Anschlüssen sicherstellt. Er unterstrich, daß die Grundwasserverunreinigungen nur wegen des Einsatzes modernster Geräte festgestellt werden konnten. Aber nicht nur das Grundwasser, sondern das gesamte Wiener Trinkwasser werde laufend genau kontrolliert.

Die städtische Friedhofsverwaltung stellt jährlich 24.000 Gräber zur Verfügung und hat auf den 16 ehemaligen Sperrfriedhöfen wieder neue Belegungen ermöglicht.

Der Landwirtschaftsbetrieb erzielte hervorragende Ernteergebnisse. Die Stadtreinigung wird heuer 511.000 Tonnen Müll einsammeln, weitere 94.000 Tonnen werden von Privaten zu den Müllverbrennungsanlagen und Deponien gebracht. Während das Müllgewicht insgesamt sinkt, steigt das Volumen. Fast 60 Prozent des Mülls werden verbrannt, 3,6 Prozent zu Kompost verarbeitet, 17 Prozent der Firma Rinter zur Wiederverwertung zugeführt, der Rest geordnet deponiert. (Forts.) and/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

41 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich der Firma Rinter erinnerte VELETA daran, daß die Absicht besteht, die Anlage zu übernehmen und so auszugestalten, daß dort lagerfähiger Brennstoff erzeugt werden kann. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Stadt Wien keine höheren Belastungen übernehmen muß und alle technischen Garantien gewahrt werden.

Die Stadt Wien wird heuer im Winterdienst ein neues Streumittel einsetzen. Veleta appellierte, bei Schwierigkeiten Verständnis aufzubringen. Zur Stadtreinigung gehört auch die Abschleppgruppe, die unter anderem 9.201 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge entfernte.

Vom Marktamt wurden zwischen Jänner und Oktober ca. 40.000 Revisionen durchgeführt und fast 15.000 Proben genommen. Zur Verbesserung der Nahversorgung wurden neue temporäre Märkte eingerichtet. Auf zwei Märkten wurden Müllpressen aufgestellt. Im Dienst des vorbeugenden Konsumentenschutzes war wieder das Veterinäramt tätig.

Die Magistratsabteilung für technische Grundstücksangelegenheiten nahm einen EDV-Terminal in Betrieb, über den Grundbuch- und Katasterdaten der meisten österreichischen Gemeinden abgerufen werden können. Überdiens ist die Umstellung der zentralen Liegenschaftsevidenz der Stadt Wien auf Führung durch EDV in Vorbereitung. Die Arbeit soll 1984 abgeschlossen sein. Die Stadt Wien hat bis 31. Oktober 356.000 Quadratmeter Grundflächen angekauft, die insbesondere für Wohnbau, Betriebsaufschließungen, Tiefbau und infrastrukturelle Einrichtungen benötigt werden. Grundkäufe für Wohnbauten erfolgten - im Sinne der Stadterneuerung - fast ausschließlich in dichtverbautem Gebiet.

Der Umsatz der HOLDING wird heuer 7 Milliarden betragen. Investitionen von 1,5 Milliarden setzen wichtige Geschäftsimpulse. In der HOLDING arbeiten mehr als 7.000 Mitarbeiter, sagte Veleta abschließend. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

42 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Gebühren sollen grundsätzlich kostendeckend sein, betonte GR. KUCHAR (FPÖ). Er habe allerdings den Eindruck, daß die Stadt Wien die Gebühren nicht nur kostendeckend, sondern weit darüber ansetzt. Die Müllbeseitigungsgebühren sind zum Beispiel von 1973 bis 1981 um 60 Prozent mehr als die Verbraucherpreise gestiegen. Durch Zahlentricks werden die Gebühren über die Inflationsrate hinaus erhöht. Ein weiteres Problem sind die Gebühren bei den Sperrfriedhöfen, die zwar vor dem Gesetz gerechtfertigt, aber für die Bürger unverständlich sind. Auf hohe Nachforderungen bei den Sperrfriedhöfen sollte zumindestens in Sozialfällen verzichtet werden.

Die Wiener Holding kann im allgemeinen eine positive Bilanz verzeichnen. Aber auch hier wären Verbesserungen möglich. Probleme sieht GR. KUCHAR in der Kontrolle der Holdingbetriebe durch die Holding selbst und bei der Personalpolitik. Bei der Besetzung von Managerposten werden zwar Ausschreibungen gemacht. Man weiß jedoch schon vorher, wer den Posten erhält. Diese Personalpolitik führt oft zu Fehlbesetzungen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

43 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) warf einem Großteil der Holdingbetriebe Mißmanagement vor. Die Ursache dafür sah Neumann darin, daß diese Betriebe Produkte der herrschenden politischen Verhältnisse seien und - ohne Kostenbewußtsein, ohne Konkurrenz und ohne Konkursrisiko - von den Steuerzahlern subventioniert würden. Das Ergebnis sei letzten Endes ein höheres Preisniveau als bei einem freien Wettbewerb. Als Beispiele nannte Neumann das Serotherapeutische Institut und die Fertigteilbau Wien, die konkurrenzlos teuer seien, jedoch Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung erhalten. Diese Betriebe, wie viele weitere in der Holding, würden auch dem Prinzip der Beschränkung auf Sparten im eminenten öffentlichen Interesse widersprechen, das bei der Gründung der Holding 1974 beschlossen worden ist. Neumann sagte, man müsse die Privatisierung derartiger Betriebe ohne ideologische Scheuklappen sehen. Letzten Endes liege die Entkommunalisierung im Interesse der Steuerzahler, Konsumenten und Bürger. (Forts.) gab/rb

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

44 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) wies auf die legistische Tätigkeit im Bereich des Gewerbewesens hin. Zahlreiche Gesetzesentwürfe wurden begutachtet. Im Laufe des letzten Jahres wurden in Wien insgesamt 6.498 neue Gewerbeberechtigungen erteilt. Überaus wichtig ist die Arbeit des Marktamtes, der es zu verdanken ist, daß Verstöße gegen die einschlägigen Vorschriften rasch abgestellt werden. Ohne viel finanziellen Aufwand wird hier eine sehr effiziente Leistung auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes erbracht.

Der Ausbau des Hafens Albern, der schon vor Jahren begonnen wurde und sehr gute Fortschritte macht, ist notwendig. Wirtschaftliche Erfolge haben sich bereits eingestellt. Für den Wiener Hafen ergeben sich auch unabhängig vom Zeitpunkt der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals gute Chancen. Aus dem neuen Hafenkonzept geht hervor, daß man auf ein weiteres Hafenbecken verzichten könnte, wenn die Umschlagseinrichtungen entsprechend erweitert werden. Das Blaue Wasser wird unter Schutz gestellt, und für den Friedhof der Namenlosen besteht keine Gefahr.

Die Fertigteilbau Wien ist weder konkursreif, noch hebt sie zu hohe Gewinne auf Kosten der Mieter ein. Vielmehr ist es ihr gelungen, durch betriebliche Reorganisationen eine positive Wirtschaftslage für das Unternehmen zu erzielen. Durch die Fusion mit dem Baustoff- und Betonsteinwerk konnte verhindert werden, daß 170 Mitarbeiter der WBBW ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Fertigteilbau Wien wird heuer einen Gewinn von maximal acht Millionen Schilling erzielen.

Die Holding wird vermutlich auch jene Aufgaben übernehmen, die von der Rinter AG nicht bewältigt werden konnten. Dies ist ein klassischer Fall, bei dem eine Privatfirma an einer kommunalen Aufgabenstellung gescheitert ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

45 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Beim Ausbau des Fernwärmenetzes ist die Stadt Wien den meisten anderen österreichischen Städten um Längen voraus, sagte Eder, vor allem bei der Nutzung der Kraft-Wärme-Kupplung braucht sie keinen internationalen Vergleich zu scheuen. Durch die Kraft-Wärme-Kupplung und durch die Müllverbrennung sparen die Heizbetriebe schon jetzt Heizöl im Wert von mehr als 200 Millionen ein. In der nächsten Zeit werden diese Einsparungen sogar noch größer werden. Der Ausbau des Fernwärmenetzes stellt auch einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Umwelt dar. (Forts.)
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

46 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) befaßte sich mit den Problemen des Wiener Handels und der Wiener Märkte. Er klagte darüber, daß die Kosten für den Großgrünmarkt so hoch seien. Man müsse Wege finden, um diese Kosten zu senken. "Immer mehr Firmen können sich den Großgrünmarkt nicht mehr leisten, sie können nicht mehr zahlen. Aber der Markt muß funktionieren, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen," sagte GR. EBERT.

Für die Aktion "Einkauf in Wien" stehen sieben Millionen für Werbezwecke zur Verfügung. Es geht darum, zu verhindern, daß nicht im Umland, sondern in Wien eingekauft wird. Heute gehen bereits jährlich zwei Milliarden Umsatz an das Wiener Umland. Vielleicht ist es auch möglich, Wien als Einkaufsstadt für Touristen zu propagieren.

Das Problem der Einwegpackungen ist mit einer Supersteuer nicht zu lösen. GR. EBERT forderte Finanzstadtrat MAYR auf, nach einer gemeinsamen, bundeseinheitlichen Lösung zu suchen. Der Handel sei bereit mitzuwirken.

Die negativen Äußerungen von GR. RAUTNER (SPÖ) über die Ehefrauen und Kinder von Unternehmern wies der Redner zurück. "Gerade diese haben kein arbeitsfreies Einkommen", meinte EBERT. "Die Angehörigen in den Mittel- und Kleinbetrieben haben eine sehr hohe Arbeitsleistung zu erbringen."

Mit einem Bekenntnis "JA zu A" schloß EBERT seinen Debattenbeitrag. "Der Wiener Handel wird sich bemühen, österreichische Waren und Produkte zu führen." Deshalb bedauerte EBERT, daß der Konsum gerade vor Weihnachten für ein tschechisches Mofa große Werbung betreibt, während österreichische Hersteller Absatzprobleme haben. (Forts. fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

47 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) hob die großen Investitionen für die Bereiche Müllabfuhr, Wasserversorgung und Kanalbau hervor. Das Budget 1983 garantiere, daß die erforderlichen Aufwendungen durchgeführt werden können.

98 Prozent der Wiener Haushalte sind an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Grundwasserverschmutzung im 21. und 22. Bezirk, habe die Stadt Wien alles unternommen, um den Siedlern zu helfen, stellte LACINA fest. Die Arbeiten werden 1983 abgeschlossen.

LACINA gab einen Überblick über die Wasserversorgung. Wien erhält jährlich 155 Millionen Kubikmeter Trinkwasser. Davon kommen 80 Prozent über die Hochquellenleitungen, 18 Prozent aus den Grundwasserwerken, und zwei Prozent sind Oberflächenwasser. Große Anstrengungen werden für den Schutz des Trinkwassers durch umfangreiche Grundankäufe im Quellschutzgebiet unternommen.

Bei der Systemabfuhr des Mülls hat die Stadt Wien Pionierarbeit geleistet. Derzeit fallen 600.000 Tonnen Müll pro Jahr an, der Sperrmüll macht 40.000 Tonnen aus. Bei der Beschlußfassung über das Wiener Müllkonzept, das das Recycling bei der Firma Rinter einschließt, haben alle Parteien von einem der modernsten und umweltfreundlichsten in Europa gesprochen, nun distanzieren sich die Opposition davon.

Das Ziel sei weiter, alle Abfälle zu sammeln und wiederzuverwerten oder zu beseitigen. Wenn derzeit eine Wiederverwertung nicht wie geplant gewesen möglich ist, soll trotzdem davon ausgegangen werden, daß die Rückgewinnung in den nächsten Jahren immer interessanter werden wird. "Unsere Aufgabe besteht im Abwägen und Prüfen der verschiedenen Möglichkeiten und im Treffen der notwendigen Entscheidungen", sagte Lacina abschließend.
(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=+++++

48 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das Ressort von StR. VELETA wurde durch das Nichtfunktionieren wichtiger kommunaler Einrichtungen bekannt, stellte Gr. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) fest. Beim Wiener Kanalnetz sind in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen notwendig. Ein erheblicher Teil der Wiener Kanäle ist dringend erneuerungsbedürftig. Über 450 Kilometer des derzeit bestehenden Kanalnetzes wurden noch von vor 1900 errichtet. Bei Hochwasser würden die Kanäle den Wasserdruck nicht standhalten. GR. HAMPEL-FUCHS stellte den ANTRAG, einen Bericht über den Zustand des Wiener Kanalnetzes sowie über die notwendigen Investitionen in den nächsten fünf Jahren vorzulegen.

Bei der Hauptkläranlage weiß man nicht, ob sie funktioniert und ob sie Schlamm liefert oder nicht. Die Klärschlammverbrennung durch die EBS funktioniert aufgrund der mangelhaften Mahltrockner immer noch nicht ordnungsgemäß. Nur durch den zusätzlichen Einsatz von teurem Heizöl kann der Schlamm derzeit verbrannt werden. Die ÖVP-Gemeinderätin BEANTRAGTE das System der Klärschlammvorfäulung durch anerkannte Experten einer genauen Überprüfung zu unterziehen und dem derzeitigen System der Frischschlammverbrennung gegenüber zu stellen. die ÖVP betreibt keinesfalls Kindesweglegung bei der Rinter-Müllverbrennungsanlage. Sie hat nur die Frage der Funktionstüchtigkeit zu einem frühen Zeitpunkt aufgegriffen. Es war bald klar, daß vertragliche Bestimmungen durch die Rinter AG nicht erfüllt wurden. StR. VELETA soll sagen, wohin die 200.000 Tonnen Schlacke, die bei der Müllverbrennung anfallen, kommen. Um die Straßenreinigung besser zu gewährleisten, sollen die Einnahmen aus der Hundesteuer zusätzlich für die Straßenreinigung verwendet werden. Dies BEANTRAGTE GR. HAMPEL-FUCHS. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

49 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) sagte zu den Ausführungen von GR. NEUMANN, er wisse nun nicht, ob Neumann gemeindeeigene Betriebe wolle, die Gewinne oder Verluste machen. Im übrigen sei es unklar, warum die ÖVP einen Mann in die Holding entsendet, wenn die Holding-Betriebe ohnedies am besten reprivatisiert würden. Mrkvicka wies darauf hin, daß sich gerade bei der EBS und bei der Rinter-AG, die laufend von der ÖVP kritisiert werden, gezeigt habe, daß Private nicht in der Lage seien, kommunale Probleme zu lösen. Beide Betriebe haben in Privathand nicht funktioniert. Während die EBS nun schon weitgehend ihre Aufgaben erfüllt, wird man auch für das Rinter-Werk eine gute Lösung finden. Zum Vorwurf von GR Maria HAMPEL-FUCHS, kommunale Betriebe würden nicht funktionieren, führte Mrkvicka weiter an, daß die Hauptkläranlage voll funktionstüchtig ist, Wien eine der besten Wasserversorgungen der Welt hat und auch das Kanalnetz laufend renoviert wird. Dem Vorwurf, Wien müsse 500.000 Tonnen Müll jährlich auf Deponien bringen, hielt er entgegen, daß bei einem Gesamtaufkommen von 600.000 Tonnen allein 325.000 Tonnen verbrannt werden. Abschließend forderte Mrkvicka von der Oppositionspartei ein Mindestmaß an Sachlichkeit auch wenn für diese der Wahlkampf offensichtlich schon begonnen habe. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

50 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Ein so offenes Bekenntnis zur Reprivatisierung der Holding-Betriebe habe er seitens der ÖVP in der Beteiligungskommission nie gehört, sagte StR. VELETA. Die Übernahme des Cafes Schwarzenberg durch die WIGAST beispielsweise wurde seinerzeit im Gemeinderat auch von der ÖVP als große Leistung begrüßt.

Die Übernahme der Müllentsorgung durch ein privates Unternehmen hat nicht funktioniert. Nun ist es notwendig, eine entsprechende Lösung dieses Problems zu überlegen. Wir sind mitten in den Verhandlungen, die wir so führen werden, daß keine Mehrbelastung der Stadt Wien entsteht, erklärte Veleta. Für die Zeit der Umrüstung des Rinter-Werkes ist die Mülldeponie am Rautenweg ausreichend.

Die Mitarbeiter der EBS und der Kläranlage tun alles, damit diese Anlagen reibungslos funktionieren.

Es ist keine Schande, betonte Veleta, wenn ein kommunales Unternehmen Gewinne erzielt, die letztlich ja dem Steuerzahler zugute kommen.

Es gibt in der österreichischen Wirtschaft wenige Unternehmungen, die einer so genauen Kontrolle unterworfen sind, wie die Betriebe der Wiener Holding. Wir sind bemüht, die besten Manager für unsere Unternehmungen zu bekommen.

Bei der Kunststoffrückgewinnung und bei der GUSTANA wurden die Probleme von der Holding rechtzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen gesetzt.

Wir bemühen uns, die Probleme der Ver- und Entsorgung zu meistern, und wir sind dabei immer bereit, gemeinsame Lösungen zu suchen. Innerhalb der ÖVP wären hier allerdings auch gewisse Widersprüche zu klären, schloß Veleta. (Forts.) ger/rb

NNNN *

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

51 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) meldete sich zu grundsätzlichen Fragen der Budgetdebatte im Gemeinderat zu Wort. Nach seiner Statistik haben 70 Redner, 26 von der SPÖ, 35 von der ÖVP und 9 von der FPÖ, fast 33 Stunden über neun Geschäftsgruppen debattiert. Dazu kommen neun Stadträte mit je zwei Beiträgen.

"Mich hat der Ablauf der Budgetdebatte nicht befriedigt", meinte HAHN. "Die Zeitungsberichterstattung endete mit Stand 13 Uhr, alles was später gesprochen wurde, und wenn es noch so interessant war, hat die Öffentlichkeit nicht erreicht." HAHN bedauerte weiter, daß die Zuschauergalerie bei der diesjährigen Budgetdebatte so leer wie nie zuvor gewesen sei. Es sehe so aus, sagte HAHN, als ob die SPÖ kein Interesse habe, daß in den Medien viel berichtet wird.

StR. MAYR habe gesagt, daß er die Ablehnung des Budgets nicht verstehe. Andererseits, fuhr HAHN fort, stimmt die SPÖ Anträge der Volkspartei auch dann nieder, wenn sie diese kurze Zeit später als eigene Idee verwirklicht.

Vorsitzender GR. MAYRHOFER (SPÖ) forderte GR. HAHN auf, zum Thema zu sprechen.

HAHN bedauerte, daß es im Wiener Gemeinderat nicht möglich ist, Detaildebatten wie im Nationalratsplenum abzuhalten. Die Opposition hat fast keine Möglichkeit, sich mit den Zahlen des Budgets vor der gemeinsamen Behandlung im Finanzausschuß und im Stadtsenat zu befassen. Es wäre daher besser, einen Rohentwurf, beziehungsweise die einzelnen Ansätze in den Ausschüssen zu debattieren, dort könnten alle Fragen gestellt werden, dort bestünde auch die Chance einzelne Punkte zu ändern. Dann wäre eine Grundsatzdebatte über das Budget im Plenum des Gemeinderats in zwei Tagen möglich. Er, HAHN, habe darüber vor zehn Jahren mit Bürgermeister Gratz unter vier Augen gesprochen und wenig später auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

52 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN brachte einen ANTRAG ein, nach dem die Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung sowie der Geschäftsordnung dahingehend abzuändern seien, daß die Gemeinderatsausschüsse ein Mitwirkungsrecht bei der Erstellung des Voranschlages der Stadt Wien erhalten und ein eigener Budgetausschuß geschaffen wird. Darüber hinaus soll zur Erleichterung der Beratungen in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen eine weitere Aufgliederung des Voranschlages - ähnlich wie beim Bundesvoranschlag - vorgenommen werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

53 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort sagte Finanzstadtrat Hans MAYR (SPÖ), die Sanierung der Verkehrsbetriebe sei seinerzeit von GR. HAHN akzeptiert worden. Eine Veränderung in der budgetären Gesamtsituation der Stadt Wien sei dadurch leider nicht eingetreten. Es ging aber darum, den Mitarbeitern der Verkehrsbetriebe anlässlich der Betriebsaufnahme der U-Bahn neuen Mut zu geben.

Zur Forderung nach einem Stadterneuerungsfonds erklärte der Finanzstadtrat, seine Fraktion sei gesprächsbereit, wenn mit den beiden anderen Fraktionen ein konstruktives Gesprächsklima über Umschichtungen erreicht werden könne.

Mayr bedauerte es, daß die Opposition die jeweils informell übergebenen Budgetunterlagen dazu verwendet habe, sie wenige Stunden später in einer Pressekonferenz von der ersten bis zur letzten Seite abzulehnen. Jahr für Jahr seien falsche Zahlen genannt, falsche Unterlagen herausgegeben und falsche Behauptungen erhoben worden, die später nicht mehr widerrufen wurden. Gezwungen durch die Taktik der ÖVP informiere Mayr nun selbst die Presse, obwohl es ihm leid tue, die Budgethoheit des Gemeinderates zu mißachten, wenn er der ÖVP nicht bewußt politische Vorteile überlassen möchte.

Den Rohentwurf in einem Ausschuß zu diskutieren, sei sicher möglich, es sei allerdings nicht richtig, daß in Ausschußsitzungen des Parlaments Zahlen geändert werden. Auch die Vorgangsweise im Parlament sei nicht optimal, es gebe auch dort Schwierigkeiten. Es sei sicher möglich, bessere Debatten zu führen, man dürfe sich jedoch keine Wunder erwarten, nur intensive Überlegungen würden zu Änderungen führen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Schlußwort MAYR

=++++

54 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR schloß mit dem Dank an alle Debattenredner für ihre Beiträge und dem Dank an die Beamten, die am Budgetentwurf mitgearbeitet, die politischen Beschlüsse registriert und aufgenommen haben. Seinen besonderen Dank sprach StR. Mayr Regierungsrat Oberamtsrat Adolf PREISEL aus, der 28 seiner 42 Dienstjahre im Budgetreferat der Abteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen geleistet hat und 19 Jahre für die Richtigkeit aller Angaben im Budget verantwortlich war. Regierungsrat Preisel tritt mit Jahresende in den Ruhestand. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Abstimmung über Budget

=++++

55 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1983 wurde mit den Stimmen der SPö angenommen. Die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat wurde ebenfalls mit den Stimmen der SPö angenommen.

Der ANTRAG zur Vorlage des Finanz- und Investitionsplanes wurde einstimmig angenommen.

Der ANTRAG betreffend die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 1983 wurde einstimmig angenommen.

15 ANTRÄGE der ÖVP, 5 ANTRÄGE der FPö sowie ein ANTRAG der SPö wurden zugewiesen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 23.05 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Freitag, den 10. Dezember, nach einer Landtags-sitzung (9 Uhr), mit dem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. Anschließend wird die restliche Tagesordnung erledigt. (Schluß) ba/rb

NNNN

Amnesty international bei Bürgermeister Gratz

=++++

27 Wien, 9.12. (RK-POLITIK) Vertreter von Amnesty international kamen im Verlauf einer Straßensammlung dieser Organisation Donnerstag auch zu Bürgermeister Leopold GRATZ ins Rathaus. Gratz, der ein größere persönliche Spende übergab, dankte für den Einsatz zugunsten der politischen Gefangenen in aller Welt und sagte: "Vor zehn Jahren hat noch fast niemand geglaubt, daß sich Diktaturen von der öffentlichen Meinung in demokratischen Ländern beeinflussen lassen. Die Ergebnisse der Bemühungen von Amnesty international beweisen, daß dies doch der Fall ist." (Schluß) sti/ap

NNNN